

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 82 (1988)
Heft: 1

Rubrik: Zeichen der Zeit : ein erster Schritt zur Abrüstung?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Ein erster Schritt zur Abrüstung?

Am 8. Dezember 1987 haben der Generalsekretär der KPdSU und der Präsident der USA das INF-Abkommen unterzeichnet, das alle landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen mit Reichweiten von 500 bis 5500 Kilometer beseitigen will. Zum ersten Mal im Atomzeitalter verpflichten sich die beiden Supermächte, ihre Aufrüstung nicht mehr nur zu begrenzen, sondern sie um eine ganze Waffenkategorie zu vermindern. Es sind über 2600 Raketen und über 3300 Sprengköpfe – dank der beidseitigen Offenlegung der Arsenale bei den Vertragsverhandlungen weit mehr als erwartet –, die innerhalb von drei Jahren abgewrackt werden müssen. Garantiert wird das Abkommen durch Vor-Ort-Kontrollen und andere neuartige Bestimmungen seiner Verifizierung.

In der Abschlusserklärung zum amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen in Washington haben Reagan und Gorbatschow ihr Abkommen als einen «Vertrag von historischer» Bedeutung gefeiert. Zwar fehlt es in der Friedensbewegung nicht an skeptischen Stimmen, die meinen, mit dem INF-Abkommen würden die beiden Supermächte nur technologisch bereits überholte Waffensysteme verschrotten und an deren Stelle schon sehr bald die weit gefährlicheren Laserwaffen installieren. Dieser Einwand übersieht aber nicht nur die weitergehenden Zielsetzungen in der Abschlusserklärung – von der Halbierung der strategischen Waffen bis zur Abschaffung aller nuklearen und chemischen Waffen überhaupt –, er verkennet auch die *politischen* Faktoren, die gegen eine derartige Fort-

setzung des real existierenden Zynismus in der bisherigen Auf-, Nach- und Nach-nach-Rüstungspolitik sprechen.

Antikommunismus am Ende

US-Präsident Reagan hat nach dem Iran-Contra-Skandal und nach dem Börsensturz keine Chance mehr, als der «grosse» Präsident in die Geschichte einzugehen, als den er sich in geradezu narzisstischer Selbstüberschätzung gern gesehen hätte. Die einzigen Lorbeeren, die er sich noch holen kann, liegen auf dem Gebiet der Abrüstung. So will er nun plötzlich als Präsident der «Versöhnung mit Moskau» Geschichte machen. Dass er zu diesem Zweck seinen Antikommunismus über Bord werfen muss, ficht ihn nicht an. Reagan wird wohl am besten durch Reagan selbst erklärt, das heisst durch das Bild eines Opportunisten, der, wenn es ihm nützt, auch einmal das Richtige tut.

Reagans ideologische Kehrtwendung könnte grösser nicht sein. Hat er eben noch die Sowjetunion als «Reich des Bösen» diffamiert und sich vollmundig anerbotten, «das letzte Kapitel ihrer Geschichte» zu schreiben, so kommt er jetzt nicht umhin, die UdSSR als verantwortungsbewusste Weltmacht zu respektieren. Im Gegensatz zum Gerede seiner Administration von «gewinnbarem Atomkrieg» und «Enthauptungs-Schlag» unterzeichnet er eine Abschlusserklärung, in der es heisst, «dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf» und dass die beiden Mächte «nicht nach militärischer Überlegenheit streben werden». Die

Ideologie des «Totrüstens» weicht dem Wunsch nach einem «dauerhafteren und stabileren Verhältnis» zwischen den USA und der Sowjetunion sowie nach «konstruktiver Zusammenarbeit in allen Bereichen ihrer Beziehungen».

Reagan hat in Washington eine ideologische Kapitulationsurkunde unterzeichnet. Seine ultrarechten Parteifreunde, die ihn bereits in der Rolle des «nützlichen Idioten» sehen, haben das sehr viel deutlicher erkannt als die INF-Kritiker innerhalb der Friedensbewegung. Ist aber die Sowjetunion nicht mehr der Feind schlechthin, ist eine Sicherheitspartnerschaft mit ihr möglich, ja notwendig, so entbehren auch alle weiteren Rüstungsmilliarden gegen den Popanz von gestern ihrer ideologischen Begründung – und eine andere gibt es nicht.

Hinzu kommen – (noch) nicht eingestandene – ökonomische Probleme, die der Reagan-Administration die Abrüstung nahelegen. Wenn die «Verteidigung» 57 Prozent des Staatshaushaltes verschlingt und das Verhältnis des militärischen Kapitaleinsatzes zum zivilen bei 87 zu 100 liegt (Der Spiegel, 14. Dezember 1987), wenn die Wirtschaft, diesem Rüstungs-Keynesianismus folgend, immer unproduktiver und immer weniger konkurrenzfähig gegenüber Europa und Japan wird, wenn sie sich dabei immer mehr verschuldet und erst noch in einen beispiellosen Börsensturz hineinschlittert, dann ist es das Überlebensinteresse des Kapitals selbst, das die Abrüstung diktiert. Die Abrüstung beruht insofern auf dem zuverlässigsten Faktor der amerikanischen Gesellschaft.

«Perestroika» für die «Unversehrtheit der Welt»

Michail Gorbatschow braucht den Abrüstungserfolg aus innenpolitischen Gründen gewiss nicht weniger als Ronald Reagan. Nur muss der Generalsekretär der KPdSU deswegen nicht von einem metaphysisch übersteigerten Feindbild Abschied nehmen. Der Marxismus be-

wahrt die sowjetische Führung vor der Verteufelung der andern, der kapitalistischen Weltmacht. Der Kapitalismus ist eine notwendige Etappe in der Dialektik der Geschichte. Nach dieser Dialektik ist er zu analysieren, zum friedlichen Wettstreit der Systeme herauszufordern, aber gewiss nicht «begraben» (wie der unbedachte Chruschtschow noch sagte).

Darüber hinaus hat die sowjetische Führung eine Reihe von Vorleistungen erbracht, die als Beispiele einer Friedens- oder Entfeindungs-Ethik gerade auch von «christlicher» Seite zu würdigen wären: die Rückkehr an den Verhandlungstisch trotz Nato-«Nachrüstung», das anderthalbjährige Moratorium bei den Atomtests, die Entlastung des INF-Abkommens von der Anrechnung französischer und britischer Atomwaffen sowie der Verzicht auf das Junktim zwischen diesem Abkommen und der Beschränkung des amerikanischen SDI-Programms auf blosse Laborforschung. Oder hat dies alles etwa nichts mit dem «neuen politischen Denken» zu tun, das Gorbatschow für die sowjetische Führung in Anspruch nimmt? Wer umgekehrt behauptet, die UdSSR habe nicht Vorleistungen erbracht, sondern nur vor der westlichen «Politik der Stärke» kapituliert, der gibt indirekt zu, dass die westliche Politik nicht ethisch fundiert ist, gleichzeitig projiziert er seine eigene Unfähigkeit zu einer Ethik des Friedens in die sowjetische Führung, vor allem aber verkennt er die historische Grösse Gorbatschows, der erstmals den Teufelskreis des Wettrüstens durchbrochen hat.

Anders als Reagan gibt Gorbatschow aber auch ganz offen zu, dass die sowjetische Wirtschaft die Abrüstung braucht. Sein Buch «Perestroika» fragt die Menschen im Westen «frei heraus, ob sie der Sowjetunion die Möglichkeit zugestehen wollen, durch Kürzung der Rüstungsausgaben mehr Mittel in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu stecken». Noch gibt die UdSSR etwa 14 Prozent ihres Nationaleinkommens für die Rüstung

aus, doppelt soviel wie die USA (deren Sozialprodukt doppelt so gross ist). Die Friedensethik der sowjetischen Führung ist damit ökonomisch nicht weniger fundiert als die Abrüstungspolitische Volte der Reagan-Administration.

Gorbatschow macht aber nicht nur die «Perestroika» von der Abrüstung abhängig, sondern auch den Weltfrieden von der «Perestroika», wenn er schreibt,

«dass durch die UMGESTALTUNG im weitesten Sinne des Wortes die Unversehrtheit der Welt garantiert werden wird». Exponenten der Friedensbewegung, die achselzuckend beiseite stehen, wenn die beiden Weltmächte vereinbaren, wofür Hunderttausende auf die Strasse gegangen sind, täten gut daran, diesen Prozess kritisch zu begleiten und mit Nach-Druck zu unterstützen.

HINWEIS AUF EIN BUCH

Ludwig Kaufmann: *Ein ungelöster Kuchenkonflikt: Der Fall Pfürtner*. Dokumente und zeitgeschichtliche Analysen. Edition Exodus, Freiburg/Schweiz 1987. 1219 Seiten, Fr. 49.–.

«Das Amt des Chronisten ist es, der Macht des Vergessens entgegenzuwirken und die Strategie der Mächtigen, die das Vergessen fördern, zu durchkreuzen. So rechtfertigt sich an diesem Buch mindestens die Dokumentation, insofern damit ein Material für die Zeitgeschichte zusammengetragen ist, das sonst nicht zugänglich und praktisch verloren wäre. Dieses Material kreist um einen Konflikt, der hier über ein Jahrzehnt – ziemlich genau das Jahrzehnt nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil – verfolgt wird. Er hat zur Zeit seines öffentlichen Ausbruchs (1972) weite Kreise in seinen Bann gezogen und nach seiner ‚Erledigung‘ (1974) nicht wenige Menschen betroffen, ja mit einem ‚Trauma‘ zurückgelassen.» Mit diesen einleitenden Sätzen umreist Ludwig Kaufmann Sinn und Motiv seines nicht nur vom Umfang her gewichtigen Buches über den «Fall Pfürtner».

Der 15 Jahre zurückliegende «Kirchenkonflikt» bleibt aktuell, weil er nach wie vor «ungelöst» ist, und das gleich in zweifacher Hinsicht: Seit Stephan Pfürtners Berner Vortrag über Sexualmoral hat die katholische Amtskirche *inhaltlich* nichts dazu gelernt, wie die neueren Verlautbarungen der Glaubenskongregation zu diesem Thema zeigen. «Rom» hat aber auch das (*Schnell-*)*Verfahrensrecht* nicht revidiert, mit dem Pfürtner die Lehrerbildung entzogen wurde. In beiderlei Hinsicht erweist sich das kirchliche Lehramt als eine wenig glaubwürdige Institution, die Menschlichkeit und Menschenrechte vor allem dann propagiert, wenn sie meint, deren Verletzung andern vorwerfen zu müssen.

Kaufmanns Buch ist die Chronik eines lückenlos dokumentierten und behutsam kommentierten Konflikts. Als Kernstück der *Dokumentation* erweist sich der vollständige Briefwechsel zwischen Stephan Pfürtner und dem Generalmagister des Dominikanerordens P. Anicet Fernandez. Es

«rückt die existentielle Spannung zwischen Person und Institution, zwischen Mitbruder und selber abhängiger Autoritätsperson in den Mittelpunkt», wie Kaufmann in seinem Vorwort zu Recht hervorhebt. Beruft Pfürtner sich zum Beispiel auf die Menschenrechte «der freien Suche nach der Wahrheit, der freien Äusserung darüber, der Gewissensfreiheit» als «Basis des Zusammenlebens auch in der Kirche» (S. 1010), so antwortet ihm der Generalmagister: «Obéir aux normes de l'Eglise et de l'Ordre, ce n'est pas aller contre les droits de l'homme, mais grandir dans la vraie liberté» (S. 1011). Diesen Grundwiderspruch kann auch die Menschlichkeit nicht überbrücken, die beide, Pfürtner wie Fernandez, auszeichnet. Es ist die kirchliche Struktur selbst, die solcher Menschlichkeit im Wege steht.

Der *Kommentar* dient vor allem der Situierung des «Falles» in «Entwicklungen – Konstellationen – Konflikten» der Zeit «nach dem Vatikanum II». Zu diesem Kontext gehört auch die – noch viel zu wenig bekannte – «Säuberungswelle» gegen nicht-konforme Theologen nach der 1968 erschienenen Enzyklika «*Humanae Vitae*». Kommentiert werden ebenfalls die «Fälle» Küng, Boff und Curran, in denen die Solidarisierung durch eine breite kirchliche Öffentlichkeit rechtzeitig erfolgt ist, während sie bei Pfürtner zu spät kam. Schliesslich erwähnt Kaufmann den «Fall Mieth», das heisst die verschleppte Neubesetzung des vakanten Lehrstuhls für Moraltheologie trotz eines qualifizierten Kandidaten. Daraus wird ein Test-«Fall» für das neue Abkommen von 1985 zwischen dem Dominikanerorden, der Bischofskonferenz und dem Kanton über die Theologische Fakultät Freiburg. Der seltsame «Drei-Parteien-Vertrag» vermag die Autonomie der Fakultät so wenig zu gewährleisten, dass weitere «Fälle» geradezu vorprogrammiert sind. Zum «Fall» kann sogar schon werden, wer sich mit den bisherigen «Fällen» kritisch auseinandersetzt. Der «Fall Kaufmann», der mit dem Erscheinen dieses Werks zeitlich zusammenfällt, bringt es nochmals an den Tag.

Willy Spieler